

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Horst Arnold

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Maximilian Deisenhofer

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Ulrich Singer

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Dr. Helmut Kaltenhauser u. a. und Fraktion (FDP)

Bereitstellung der finanziellen Mittel für den DigitalPakt Schule (korr. Drs. 18/3988)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Digitale Bildung in Bayern verlässlich fördern (Drs. 18/4025)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Umgang mit neuen Technologien und das Erlernen von innovativen Ideen sind nicht nur in der Spitzenforschung, die wir heute Morgen diskutiert haben, relevant, sondern noch viel wichtiger für die Zukunft unserer Kinder. Deswegen dürfen wir die digitale Bildung nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Ich muss aber konstatieren, dass die Staatsregierung eine seltsame Behäbigkeit bei dem Thema an den Tag legt. Erst nach einem langen Dornröschenschlaf bis zum Wahlkampfjahr wollte man das Thema "digitale Klassenzimmer" mit einem Landesprogramm effektiv angehen. Nur: Ein Jahr später gab es eine budgetäre Vollbremsung, und es wurde gesagt: Alles ist auf Eis gelegt; bitte keine neuen Digitalprojekte an den Schulen mehr! – Dann hat man auf den Digitalpakt geschickt und gesagt: Wir brauchen noch etwas, bis die Förderrichtlinien da sind. Das hat wiederum bis zur Sommerpause gedauert.

Jetzt stehen wir hier und kommen immer noch nicht wirklich voran. Es sind immer noch viele Fragen offen. Herr Minister Piazzolo hat beruhigt und auch ein bisschen beschwichtigt. Das ist Ihre Stärke. Aber ich sage Ihnen eines, Herr Piazzolo: Wenn Sie so weitermachen, dann drohen Sie, am Ende als der Minister für Ruhe und Gemütlichkeit in die bayerische Geschichte einzugehen. Wir brauchen etwas mehr.

Wir brauchen auch mehr, als nur auf die eine Milliarde Euro zu schießen, die für die digitale Bildung in Bayern in den nächsten Jahren vorgesehen wäre und die Sie wie eine Art Monstranz von Veranstaltung zur Veranstaltung tragen. Diese Milliarde ist nämlich alles andere als sicher. Die Finanzierung soll aus den Versteigerungserlösen für 5G kommen. Das sind 6,5 Milliarden Euro. Diese 6,5 Milliarden sollen aber zu 70 % in den Glasfaser- und Breitbandausbau gehen. Das heißt, es bleibt relativ wenig für den Digitalpakt übrig, für den aber eigentlich 5 Milliarden vorgesehen gewesen sind. Kürzlich haben die Regierungsfractionen im Bayerischen Landtag sogar beantragt, diese Gelder für die Mobilfunkabdeckung bei den Regionalbahnstrecken zu verwenden.

Auf mich wirkt das wie eine Milchmädchenrechnung nach der anderen. Wie soll das alles am Ende aufgehen?

(Beifall bei der FDP)

Erschwerend kommt hinzu, was die FDP auf Bundesebene kürzlich durch eine Anfrage herausgefunden hat: Die Gelder, die von den Mobilfunkkonzernen kommen sollen, die diese Lizenzen ersteigert haben, sollen bis zum Jahr 2030 gestreckt werden können. Aber eigentlich wollten wir den Digitalpakt schon bis 2024 mit 5 Milliarden Euro abgewickelt haben. Wie soll das alles funktionieren?

Die Art und Weise, wie Minister Scheuer diese Vereinbarung mit den Mobilfunkkonzernen ohne Abstimmung getroffen hat, gefährdet nun die Tablets für unsere Kinder in Bayern. Ich kann es eigentlich nicht akzeptieren, wenn der bayerische Bildungsminis-

ter aus Koalitionstreue oder vielleicht auch aus Leichtgläubigkeit akzeptiert, dass auf Bundesebene so vorgegangen wird.

Wir dürfen die CSU nicht aus der Verantwortung entlassen. Es muss sichergestellt werden, dass die Gelder aus dem Digitalpakt, die 5 Milliarden Euro, die vorgesehen sind, und damit auch die eine Milliarde in Bayern, auch wirklich bis 2024 bei unseren Schülerinnen und Schülern ankommen. Deswegen stellen wir Freien Demokraten diesen Berichtsantrag und bitten um Aufklärung.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Fischbach. – Für die SPD-Fraktion hat ihr Vorsitzender Horst Arnold das Wort.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Digitalisierungsoffensive in den Schulen in Bayern beschäftigt uns schon lange. Ich erinnere daran, dass wir das sogar als Thema im Wahlkampf hatten. Ich erinnere auch daran, dass das hier wiederholt zur Rede stand. Ich weiß auch, dass Kommunen schon seit 2018 und früher damit beschäftigt waren, entsprechende Konzepte aufzulegen, die es zu bezuschussen galt. Tatsächlich hat der Freistaat Bayern ein Programm aufgelegt, das gegenüber den Kommunen den Eindruck erweckte, dieses Unterfangen würde tatsächlich drei Jahre in Folge gefördert werden.

Damals, 2018, hat sich der Ministerpräsident hier hingestellt und gesagt: Wir sind nicht dagegen, wenn der Bund Geld geben will. Gerne auch mehr. Es handelte sich aber letztlich um zwei Tablets pro Klasse. Das ist nett, aber man kann auch mehr machen, wenn man will. Wir in Bayern gestalten die Digitalisierung. Bayern ist Digital-Vorreiter.

Und was muss man jetzt vernehmen? – Das aufgelegte Programm wird zum 31.12. nicht mehr weitergeführt. Wir haben es im Nachtragshaushalt beantragt – da brauchen Sie nicht den Kopf zu schütteln, denn Papier ist geduldig und Protokolle auch. Das entzieht sich jeglicher Klitterung und entsprechender Uminterpretation. Es ist insoweit

festgestellt worden, dass das digitale Programm für Bayern aus eigenen Mitteln nicht mehr fortgeführt wird. Damals hat man den Sachaufwandsträgern gesagt: Bitte, derzeit keine Anträge mehr, weil es jetzt förderschädlich ist, Anträge zu stellen, bis der Digitalpakt insoweit umgesetzt wird. Bayern erhält vom Bund 778 Millionen Euro. Doch der Freistaat Bayern hört auf, diese ganze Sache weiter zu fördern. Das ist Fakt. Daran knabbern wir. Jetzt haben Sie die Förderrichtlinien herausgegeben. Man hat die Hoffnung, dass dies zu einer Verbesserung der Situation führt. Und tatsächlich gab der Bayerische Städtetag Anfang September die Meldung heraus, dass auch nach Inkrafttreten der Förderrichtlinie an bayerischen Schulen bei der digitalen Bildungsinfrastruktur am 1. August 2019 noch immer dringend Handlungsbedarf bestand. Der Bayerische Städtetag stellt ernüchternd fest, dass die bisherigen Aussagen von Minister Piazzolo hierzu trotz wiederholter Bitte um Unterstützung wenig Anlass zur Hoffnung geben.

Nun sind wir tatsächlich in einem Land, in dem die Kommunen, in dem der Sachaufwandsträger für die Schulen die Dinge voranzubringen hat. Wir sind in einem Land, in dem man sich heute Morgen tatsächlich gerühmt hat, die Digitalisierung und Modernität durch Forschung voranzutreiben. Jetzt stellen wir dagegen fest, dass die Städte die Digitalisierung den Schulen nicht einmal mit eigenen Mitteln – mit eigenen Mitteln! – durchführen können. Da ist in der Tat der Wunsch nach Digitalisierung das Einzige, was noch übrig bleibt. Taten haben Sie bislang nicht an den Tag gelegt. Die Frustration von Kommunalpolitikern scheint ihr Nebenberuf zu sein, was diese Sache anbetrifft.

Wir haben in dem Bereich festzustellen, dass wir bereits am 07.05.2019 bezüglich des Haushaltsplans gefordert haben, die digitale Bildung durch den Freistaat Bayern mit der Begründung fortzusetzen, dass es völlig unzureichend sei, auf die Mittel des Bundes zu warten. Dieses Begehren ist von Ihnen abgelehnt worden. Seitdem ist nichts Neues aufgelegt worden. Wir warten immer noch auf Ihr Tätigwerden.

Das Allerschlimmste bei der Umsetzung ist die sogenannte Systembetreuung. Selbst wenn in dem Bereich Ihre Richtlinien ausreichen, haben die Kommunen das Riesenproblem, die digitalen Einrichtungen, sofern sie da sind, systematisch zu betreuen. Wer soll das bezahlen? – Natürlich sagen Sie: Das sollen die Kommunen bezahlen. – Aber die Kommunen können das teilweise nicht bezahlen. Damit ist in diesem Zusammenhang ein Riesenproblem gegeben. Sie lassen die Kommunen draußen im Regen stehen. Sie behaupten, es wäre alles gut, doch tatsächlich ist es nicht so.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen fordern wir Sie auf, dann massiv einzugreifen, wenn Finanzierungsdefizite vorhanden sind, und selbst dafür einzutreten, diese Finanzierung zu übernehmen. Wir fordern Sie auf, tatsächlich selber dafür Sorge zu tragen, dass im Freistaat Bayern ein eigenes Digitalisierungsprogramm genau diese Lücken schließt, die die betreffende Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Land nicht abdeckt, und, woran uns allen liegt, in Bayern die Schulen zu digitalisieren, die Kommunen zu fördern, unser Land voranzubringen, insoweit die Ungleichheit zwischen Stadt und Land auszuschalten.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Arnold. – Nächster Redner ist Herr Kollege Prof. Dr. Waschler von der CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich schicke voraus: Wir werden dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion in der Neufassung – also erste Zeile: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu folgenden Fragen zu berichten" – zustimmen, weil er ein Berichtsantrag ist.

Den SPD-Antrag werden wir aus den von mir jetzt nachfolgend genannten Gründen nicht mittragen können. Ich werde noch genau ausführen, weshalb.

Herr Kollege Fischbach, im Antrag der FDP war eine Menge an Legendenbildung und Themaverfehlung. Deswegen muss ich zu den einzelnen Punkten doch Stellung nehmen. Eines ist historisch eindeutig belegt: Einen derartigen Aufschlag bei der Unterstützung der kommunalen Ebene, und zwar 212,5 Millionen Euro, für die Digitalisierung der Schulen hat es in Bayern noch nicht gegeben.

Herr Kollege Arnold, ich füge gleich hinzu, was Sie in Ihrem Antrag bezüglich des Digitalpakts in dem Abschnitt, wonach man 212 Millionen für die Ausstattung der Schulen aus Staatsmitteln bereitstellt, nicht hundertprozentig korrekt schreiben. Aber da lege ich durchaus den Mantel der Nächstenliebe drüber. Das Programm wurde nicht gestoppt, sondern vollumfänglich ausgeschöpft. Jetzt muss man sehen, wie sich die Situation allgemein darstellt. Das bedeutet nämlich – jetzt bin ich beim Antrag der FDP-Fraktion –: Wir werden einen Bericht bekommen. Wir haben nämlich einen zweiten großen Block, bei dem wir nicht den Staatshaushalt belasten müssen, sondern Bayern wird den vom Bund zustehenden Anteil in der Größenordnung von mehr als 770 Millionen Euro erhalten. Das ist überhaupt keine Frage. Für Kürzungen gibt es überhaupt keinen Anhaltspunkt. All die Programme, die auf Bundesebene zugunsten der Länder laufen, müssen nach geltendem Haushaltsrecht abgewickelt werden.

Zu den einzelnen Punkten stelle ich klar und eindeutig fest: Herr Kollege Fischbach, wenn man sich genau informiert hätte, dann hätte man sehr schnell gesehen: Der Bund hat nirgendwo angedeutet – nicht einmal im Ansatz, in Niederbayern würde man sagen: nicht ein Finslerl –, dass man dem nicht nachkommt. Vielmehr stehen bereits jetzt die ersten Mittel in Höhe von 14,4 % der Gesamtsumme zur Verfügung. Es sind also 112 Millionen Euro, die bereits jetzt in Bayern verteilt werden können. Von Finanzierungsengpässen und Ähnlichem kann überhaupt keine Rede sein. In der Tat sind technische Details zu klären. Aber das ist alles vollkommen normal. Das ist alles im Fluss. Das werden wir im Bildungsausschuss durch einen entsprechenden Bericht zur Kenntnis nehmen können.

Was all die weiteren Punkte betrifft, stellt sich die Frage, welche Maßnahmen einzuleiten sind; überflüssig, denn es sind Gespräche im Gange. Das Ganze läuft. Auch nach Tranchen wird hier gefragt. Hiervon ist in der Verwaltungsvereinbarung nichts zu lesen. Das alles ist schwarz auf weiß gedruckt.

Zur Frage, welche Voraussetzungen notwendig sind, um Geld zu erhalten, kann ich nur sagen: Die Verwaltungsvereinbarung schärft hier den Blick eindeutig und zeigt die wahren Sachverhalte. Ich stelle auch fest: Es kann nicht davon gesprochen werden, der Freistaat Bayern solle oder müsse durch eine Zwischenfinanzierung irgendwie in Vorleistung treten. Das liegt im Bereich der Legenden. Wir werden dem FDP-Antrag zustimmen; denn der Bericht soll auch klären, dass alles seinen guten Gang geht. Der Antrag ist weder dringlich noch notwendig, aber er schadet in der Sache nicht. Deshalb stimmen die Regierungsfractionen diesem Berichtsantrag zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Beim SPD-Antrag ist es jedoch ein gutes Stück anders. Ich brauche mich hier nicht zu wiederholen. Herr Kollege Arnold, ich stelle nur nochmals fest: Sie haben, wenn ich Ihre Worte richtig verstanden habe, gesagt, die Kommunen seien in einer Zwangslage. Demgegenüber hatte jedoch die kommunale Familie durch den Freistaat Bayern noch nie eine so hohe Finanzausstattung wie jetzt. Die frei verfügbaren Leistungen wie Schlüsselzuweisungen seien nur als Beispiel genannt. Es ist nicht wirklich seriös, das zu beklagen. Aber es ist in Ordnung; Opposition hat vielleicht andere Gesetzmäßigkeiten.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Sie haben im ersten Punkt einen Stopp des Landesprogramms "Digitale Bildung" aufgeführt. Ich gehe davon aus, dass Sie in der Tat den Masterplan Bayern Digital II meinen, in dem die entsprechenden Haushaltsmittel, nämlich die 212,5 Millionen Euro, aufgeführt sind. Ich sage nachweisbar: Kein einziger Cent wird hier zurückbehalten. Es wird alles für die betreffenden Zwecke ausgegeben. Es ist völlig legitim, zu sagen:

Die Mittel sind verwendet worden; jetzt nimmt man die Mittel des Bundes. Wir haben die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, dass uns vom Bund aufgrund der Bildungshoheit des Landes niemand reinredet. Auch das ist eine große Leistung, für die wir dem Ministerpräsidenten ausdrücklich dankbar sind. Insofern kann ich nur von einer guten Verwendung der Haushaltsmittel sprechen.

Zu der Aussage, auf dem Gebiet der Systembetreuung solle noch mehr getan werden, habe ich bereits Ausführungen gemacht. Was jetzt noch getan werden kann, ist eine klare Aufteilung der Dinge, die die Kommunen in der Hand haben. Das wird von verschiedenen Kommunen bereits auf gute Weise sichergestellt. Ein Stück mehr ist natürlich immer besser. Aber es ist eine gute Finanzausstattung vorhanden, worüber die kommunale Ebene frei verfügen kann. Zu den in Ihrem Dringlichkeitsantrag genannten Schwierigkeiten und der Selbsteintrittsverpflichtung zur Überbrückung kann ich nur fragen: Überbrückung von was? – Da liegt nichts vor. Hier werden Ängste geschürt, die wir nicht erkennen können. Dass über Verwaltungsvereinbarungen gesprochen wird, ist in Ordnung. Wir werden über die Fraktionen hinweg darauf achten, dass jeder Euro und jeder Cent, der uns zusteht, fließen wird.

In diesem Sinne müssen wir den Dringlichkeitsantrag der SPD ablehnen. Herr Kollege Fischbach, wie gesagt, wir freuen uns auf den Bericht im Bildungsausschuss.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Prof. Dr. Waschler, bitte bleiben Sie am Mikrofon. – Es gibt zwei Interventionen. Die erste kommt von Herrn Kollegen Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Kollege Dr. Waschler, Sie haben von Mythen gesprochen. Da Herr Kollege Markwort gerade nicht im Raum ist, muss ich für die FDP die Abteilung "Fakten, Fakten, Fakten" übernehmen und Ihnen ein paar Punkte zur Kenntnis geben.

Wissen Sie, dass es in diesem Jahr eine Präsentation des Bundesministeriums der Finanzen für die Staatssekretäre mit den Eckpunkten für das Jahr 2020 gab, in der es

explizit heißt: "Keine weitere Steuerfinanzierung des Digitalfonds (Breitband, Digitalpakt Schule)"? Wo soll das Geld denn herkommen? Die Summe von 6,5 Milliarden Euro, die in diesen Fonds fließen kann, ist doch fixiert. Im Haushalt steht sicher, dass 70 % davon für den Breitbandausbau verwendet werden sollen. Was bleibt also für den Digitalpakt übrig?

Ich möchte Ihnen außerdem ein Zitat des haushaltspolitischen Sprechers der Unionsfraktion, Herrn Rehberg, zur Kenntnis geben:

Es ist absehbar, dass diese Summe durch die Auktion nicht erreicht wird. Finanzminister Scholz muss jetzt erklären, wie er die Lücke schließen will.

Sind das jetzt alles Mythen, oder waren da auch Fakten dabei?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege Fischbach, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass es unsere Aufgabe ist, Politik für den Freistaat Bayern zu machen. Sie sind hier auf die bundespolitische Ebene eingegangen, in der Sie nicht in der Verantwortung stehen. Die FDP wollte ja nicht in eine Koalition eintreten. Insofern haben Sie die Freiheit, Dinge zu kritisieren, die irgendwo am Horizont stehen. Sie können sich herauspicken, was in Ihre politische Argumentation passt. Das ist für uns aber nicht interessant. Wir nehmen das Bundesgeld, und es wird kommen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Intervention kommt vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, Horst Arnold.

Horst Arnold (SPD): Herr Kollege Dr. Waschler, ich zitiere aus dem Informationsbrief Nummer 9 des Bayerischen Städtetags vom September 2019:

Obwohl der Personalaufwand bei Schulen grundsätzlich Angelegenheit des Staates ist, schiebt dieser die Zuständigkeit auf die Kommunen als Sachaufwandsträger ab. [...] "Zum Sachaufwand gehört die Bereitstellung, Einrichtung, Ausstat-

tung, Bewirtschaftung und Unterhaltung der Schulanlage in einem umfassenden Sinne."

Damit sind die Sachaufwandsträger verantwortlich für die Einrichtung und Unterhaltung der IT-Infrastruktur.

Aktuell erhalten Kommunen, die freiwillig IT-Personal für die Schulen bereitstellen, noch nicht einmal einen Zuschuss, wie er für kommunale Lehrkräfte gesetzlich festgeschrieben ist. Daran ändert auch der Verweis von Piazzolo auf die "erhebliche finanzielle Unterstützung" von Bund und Land bei der Digitalisierung nichts. In den Sternen steht, wie die Digitalisierung der Schule finanziert werden soll, wenn das Förderprogramm des Bundes ausläuft. Der Kultusminister spricht nur von einem "kraftvollen Innovationsimpuls" durch die Bildungsmilliarde von Bund und Freistaat.

(Alexander König (CSU): Gerhard, warum fragt er das dich? Das ist eine Frage an den Staatsminister!)

Jetzt frage ich Sie: Ist das Panikmache? Ist das nicht eine Sorge, die die kommunale Familie hier ausdrückt? Also bitte! Das sind Ihre Leute!

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Prof. Dr. Waschler, bitte.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege Arnold, danke für das große Vertrauen. Ich werde mich hier nicht so weit aus dem Fenster lehnen, dass ich Verlautbarungen von kommunalen Verantwortungsträgern interpretiere. Ich stelle nur fest, dass es verschiedene Themen mit unterschiedlichen Sichtweisen gibt. Fragen Sie diejenigen, die das geschrieben haben. Ich habe das zur Kenntnis genommen. Ich bin in den genannten Punkten nicht mit den Verfassern einer Meinung. Wir befinden uns hier in einem Austausch. Dieser Austausch ist gut und gewinnbringend. Fragen Sie also bitte

diejenigen, die diesen Text geschrieben haben und die für die Formulierungen verantwortlich sind, die Sie gerade vorgetragen haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Keine Antwort ist auch eine Antwort!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Waschler. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Maximilian Deisenhofer vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem vorliegenden Berichtsantrag und dem SPD-Antrag können wir zustimmen, obwohl ich schon der Meinung bin, lieber Herr Kollege Fischbach, dass es in diesem Fall auch eine Schriftliche Anfrage getan hätte.

Zunächst einmal müssen wir festhalten, dass der Digitalpakt trotz einzelner Schwächen insgesamt eine gute Sache ist. Für den einen oder anderen ist allein das schon überraschend, angesichts der sonstigen Performance dieser Großen Koalition.

Die größten Gewinner sind nicht einmal die Schülerinnen und Schüler oder die Lehrkräfte, sondern die Finanz- und die Kultusminister in den Ländern. So gibt es im aktuellen bayerischen Doppelhaushalt keine erneute Verpflichtungsermächtigung für ein eigenes Förderprogramm über das Jahr 2020 hinaus, wie das aktuelle Digitalbudget, obwohl dies von den damaligen Kultusministern Dr. Spaenle und Sibler so versprochen worden war. Man könnte das auch als "Wortbruch" bezeichnen.

Der Fokus der Debatte über die Digitalisierung an den Schulen liegt leider auch heute wieder nur auf der Ausstattung und dem Geld. Die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen brauchen aber etwas anderes:

Erstens: eine flächendeckende Fortbildungsoffensive für die aktuellen Lehrkräfte, und zwar mit passgenauen Fortbildungen, die das aktuelle Digitalisierungslevel der jeweiligen Lehrkraft einbezieht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Wir brauchen schon in der Ausbildung der Lehrkräfte viel mehr Digitalisierung, wie das die bayerische Universitätenkonferenz fordert, und zwar an der Uni und im Referendariat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Wir brauchen mehr Zeit und mehr Hilfe bei der Erlangung von Medienkompetenz und beim Weitergeben dieses Wissens an die Schülerinnen und Schüler in Bayern, Stichwort "Medienführerschein für alle".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viertens. Herr Kollege Fackler, wir brauchen ein pädagogisches Gesamtkonzept für den digitalen Unterricht statt vieler kleiner Einzelprojekte.

Fünftens. Wir brauchen eine ordentliche Betreuung der Schul-IT in Zusammenarbeit mit den Kommunen, und zwar so, wie das im Koalitionsvertrag versprochen wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sobald alle diese fünf Punkte erfüllt sind, können die Lehrkräfte in Bayern digital erklären, wie man eine Mogelpackung bastelt, so wie die aktuelle Staatsregierung, die davon spricht, eine Digitalisierungsmilliarde bereitzustellen. Bei genauerem Hinsehen erkennen wir, egal ob mit Whiteboard, Beamer oder Smartphone: 778 Millionen Euro kommen vom Bund, 212 Millionen Euro aus Bayern sind längst verplant, und die restlichen 10 Millionen Euro gibt es überhaupt nicht. Bleibt zu hoffen, dass die Schülerinnen und Schüler in Bayern ihre Hausaufgaben besser erledigen als die Regierung aus CSU und FREIEN WÄHLERN.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Deisenhofer. – Für die FREIEN WÄHLER spricht Herr Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wortbeiträge zu diesen Dringlichkeitsanträgen waren keine Bewerbungsrede für mehr Oppositionsrechte.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Herr Kollege Deisenhofer, Sie haben eine sehr engagierte und interessante Rede gehalten, nur leider nicht zu den gestellten Anträgen. Herr Kollege Fischbach, Sie haben wohl das Haus verwechselt; denn dieser Antrag und diese Rede gehören in den Deutschen Bundestag, aber nicht in den Bayerischen Landtag.

Ich schaue auf die einzelnen Punkte. Sie fragen, ob die Bundesregierung die zugesagten Gelder zeitlich verzögert auszahle. Außerdem wollen Sie noch wissen, auf welchem Wege und in welcher Form der Freistaat Bayern, sprich das Kultusministerium, darüber informiert wurde. Na ja, ich weiß zwar aus Großbritannien und aus den USA, dass dort die Form des Regierungshandelns in Untersuchungsausschüssen und ähnlichen Gremien hinterfragt wird, um zu klären, wer mit wem welche Telefonate geführt hat. Ich frage mich aber schon: Ist es wichtig, ob das telefonisch, per Telefax, per SMS, per E-Mail oder überhaupt nicht bekannt gegeben wurde?

Ich betrachte mir Ihre Fragen und möchte wissen: Was machen Sie mit den gegebenen Antworten? Inwiefern bringen Sie diese Antworten landespolitisch weiter? Das sind alles Fragen, die an den Bund gerichtet sind. Ich weiß nicht, ob der Minister dazu noch Stellung nehmen will. Eigentlich ist er der falsche Adressat. Gleiches gilt für Sie, Herr Kollege Arnold. Ich gebe Ihnen jetzt einfach mal die Telefonnummer des Bundesfinanzministeriums. Sie können dann Ihren Parteifreund Scholz anrufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist die 030 18 682-00.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie können diese Nummer wählen. Das ist, da ich sie leider nicht habe, nicht die Durchwahl. Aber vielleicht haben Sie ja auch eine Handynummer des Ministers.

(Volkmar Halbleib (SPD): Geben Sie das mal beim Kollegen Füracker ab!)

Dann klären Sie diese Frage doch mit Ihrem Bundesfinanzminister. Herr Kollege Halbleib, das ist Ihr Bundesfinanzminister. Kein anderer ist für die Auszahlung von Bundesmitteln zuständig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Köstlich! Vom eigenen Versagen ablenken! Wenn das die Kernkompetenz der FREIEN WÄHLER ist, dann gute Nacht!)

Herr Kollege Halbleib, Sie sind ja ein cleverer Jurist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das unterscheidet uns, Herr Kollege!)

Wir können ja gerne eine Verfassungsreform diskutieren, die dem Kultusminister einen direkten Zugriff auf die Bundesmittel erlaubt. Das wäre manchmal nicht schlecht, denn ich habe das Gefühl, dass das Geld hier in Bayern besser als im Bund ausgegeben wird. Aber das ist eben nicht geltende Verfassungslage, und das wissen Sie ganz genau.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Hausaufgaben im Freistaat machen! Das ist öffentliche Aufgabe! – Horst Arnold (SPD): Wie schaut es denn aus mit den Systembetreuern?)

Herr Kollege Fischbach, wir werden dem Berichtsantrag natürlich zustimmen. Er ist nicht schädlich, er ist nicht nützlich.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): So wie Ihre Rede weder schädlich noch nützlich ist!)

Wir haben uns einmal darauf verständigt, dass wir Oppositionsanträge, die auf einen Bericht zielen, grundsätzlich nicht blockieren werden.

Wie gesagt: Wenn Sie mit den gegebenen Informationen ein Feuerwerk entfachen und den Bund dazu bringen, die Mittel ganz schnell auszuzahlen, dann sage ich Ihnen herzlichen Glückwunsch. Dann hat sich Ihr Einsatz gelohnt. Ich glaube es nicht. Wir werden Ihrem Antrag zustimmen, dem der SPD aber nicht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das überrascht uns jetzt aber!)

Hier ist es wirklich besser, mit Berlin zu telefonieren. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Pohl. – Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Singer das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Früher war Bayern auf seine eigenständige Bildungspolitik stolz. Bayern war hier immer führend.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es! Ist schon lange vorbei!)

Kürzlich hat Bayern den Digitalpakt unterzeichnet und damit einen Teil seiner Hoheit im Bildungsbereich an den Bund abgetreten, ja geradezu verkauft. Die bayerische Eigenständigkeit wurde zugunsten einer zentralistischen Einmischung durch den Bund gekippt.

Die Bayerische Staatsregierung hat es sich offenbar nicht zugetraut, die bayerischen Schulen eigenverantwortlich für die Zukunft zu rüsten. Wir haben bereits wertvolle Zeit verloren, weil Landesprogramme zurückgestellt wurden.

Es war geplant, die Schulen im Rahmen des Digitalpakts zügig mit modernster Technik auszustatten. Der Bund hat vollmundig versprochen, die große Transformation durchzuführen. Am Ende sollten die Schüler auf das Leben in der digitalen Welt vorbereitet sein. Ob die Digitalisierung der Schulen für den Bildungserfolg überhaupt sinnvoll ist, wird man in der Realität jetzt wohl nicht so bald beobachten können. Denn offenbar bleibt der Geldsegen aus.

Der Bund hat eine Finanzierungslücke und kann seine Versprechen nicht halten. Die Verantwortung für diese Blamage trägt ausgerechnet das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, ausgerechnet also ein von der CSU geführtes Ministerium mit Ihrem geschätzten Kollegen Scheuer an der Spitze. Das von Berlin versprochene Geld, das der Freistaat vorher im Rahmen des Finanzausgleichs in dreifacher Höhe an den Bund überwiesen hatte, kommt womöglich nicht oder später. Wir wissen es nicht.

Aber selbst wenn das Geld kommen sollte, so berichten unsere Kommunen von großen Schwierigkeiten und Sorgen im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Konzepte, den Ausschreibungen, der Umsetzung und Wartung der digitalen Infrastruktur in ihren Schulen. Hier zeigen sich die Folgen von Bürokratie und Zentralismus von ihrer schönsten Seite.

In Bayern schaut man derzeit mit dem Ofenrohr ins Gebirge. Die bayerische Eigenständigkeit in der Bildungspolitik ist verkauft, und wir Bayern wurden vom Käufer über den Tisch gezogen. Laut Presse droht bei der Schuloffensive eine Milliardenlücke.

Es ist ein Armutszeugnis für die bayerische Politik, dass der Digitalpakt anscheinend nicht wie geplant umgesetzt werden kann. Es darf nicht Jahre dauern, bis das Geld auch in den Schulen ankommt. Wir stimmen daher dem Berichtsantrag der FDP zu.

Der SPD-Antrag enthält wirklich sehr, sehr schöne Teile. Es wäre wichtig, die Finanzierungsengepässe und -lücken umgehend zu schließen. Es ist sicherlich auch sinnvoll, den Stopp des Landesprogramms Digitale Bildung schnellstmöglich zurückzunehmen. Ich finde es auch wichtig, dass, falls Schwierigkeiten bei der Finanzierung und der Bereitstellung der Mittel auftauchen sollten, der Freistaat sich einbringt. Allerdings ist es unrealistisch und momentan nicht umsetzbar, auch noch professionelle IT-Systembetreuerinnen und -betreuer an jeder Schule zu installieren. Das ist Wunschdenken, wenngleich es sehr sinnvoll und wünschenswert wäre. Uns fehlen hierzu aber Programm und Plan, uns fehlen die Fachkräfte. Wir sollten den Berichtsantrag abwarten. Deshalb lehnen wir den Antrag der SPD ab.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Singer. – Das Wort hat der Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte mutet schon etwas eigenartig an.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nach dem Wortbeitrag vom Kollegen Pohl!)

Wir sitzen hier – es sind noch sehr viele Abgeordnete da – und unterhalten uns über potenzielle Finanzlücken des Bundes. Wir reden als Landtagsabgeordnete aufgrund eines, wie ich glaube, einzigen Zeitungsartikels, der irgendwelche Ideen in den Raum gestellt hat. Wir reden hier über mögliche Finanzierungslücken des Bundes.

Ich sage ganz offen: Bei diesem Antrag der FDP kann man sich die Frage stellen, ob es für die FDP das wichtigste Thema ist, das sie zu Bayern bewegt, ob der Bund jetzt Geld gibt oder nicht. Das ist aber noch verständlich, weil die FDP im Bund in der Opposition sitzt und vielleicht keinen Zugang zu den Informationen findet.

Wenn aber die SPD diesen Antrag stellt, dann ist das schon sehr erstaunlich.

(Horst Arnold (SPD): Lesen!)

– Ich habe ihn genau gelesen. Unter Punkt drei heißt es: Kommt es zu Finanzierungslücken des Bundes – –

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

– Das ist sehr erstaunlich, denn Sie stellen den Finanzminister. – Was machen Sie hier also? Hetzen Sie den Finanzminister auf, damit er uns kein Geld gibt?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Ich verstehe das überhaupt nicht. Lieber Herr Arnold, ist das jetzt Misstrauen gegenüber dem Bundesfinanzminister?

(Horst Arnold (SPD): Gar nicht! Im Gegenteil!)

Sie stellen hier in den Raum, der Bund gebe uns kein Geld.

(Horst Arnold (SPD): Das ist digitale Sorge! Sie sagen: Alles in Ordnung!)

– Na ja, das heißt, dass Sie dem Bundesfinanzminister misstrauen.

(Florian von Brunn (SPD): Nein! – Horst Arnold (SPD): Das ist eine Autosuggestion!)

– Ist das so? – Der Bundesfinanzminister ist für die Auszahlung zuständig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, worum handelt es sich denn hierbei? – Es handelt sich nicht um eine Sache des Bundes, sondern das ist eine Bund-Länder-Vereinbarung.

(Florian von Brunn (SPD): Das Land ist in der Verantwortung!)

Diese Bund-Länder-Vereinbarung enthält vertragliche Verpflichtungen. Ich sage es Ihnen ganz offen: Wenn der Bund nicht zahlt, wird Bayern klagen. Wenn Finanzminister Scholz dann noch da ist, bekommt er von uns gerne die Klage zugestellt. Insofern lautet meine Bitte an die SPD-Kollegen hier im Bayerischen Landtag: Wenn Sie sich um Bayern Sorgen machen, dann gehen Sie zu Ihrem Finanzminister – er ist immerhin Ihr Parteimitglied – und sagen Sie ihm, er möge sicherstellen, dass das Geld entsprechend ausgezahlt werden werde. Ich habe bei dieser Geschichte gegenüber Ihrem eigenen Parteigenossen übrigens weniger Zweifel als Sie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Horst Arnold (SPD): Null Zweifel!)

Sehr geehrter Herr Arnold, wenn Sie keine Zweifel haben, stellen Sie nicht einen solchen Antrag. Dann überlegen Sie sich das.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Jetzt noch einmal in aller nötigen Ruhe zu den Dingen, die uns in Bayern betreffen: Wir haben in diesem Jahr im Doppelhaushalt für den Bereich Digitalisierung so viel Geld wie noch nie in der Geschichte Bayerns. Dieses Geld geben wir auch aus. Inzwischen stellt man sich bei dem, was hier immer aufgeworfen wird, eine Frage: Die Bayern sind mit ihrem Programm Bayern Digital II in Vorleistung getreten. Nennen Sie mir ein anderes Bundesland, egal welcher Regierung, das so viel Geld in Digitalisierung gesteckt hat wie der Freistaat Bayern! Ich möchte von Ihnen so ein Land genannt bekommen. – Dennoch wird nur gejammt und geklagt und gesagt, wir seien nicht weit genug. Meine sehr verehrten Damen und Herren, nennen Sie mir ein Land, das so in Vorleistung gegangen ist wie Bayern und das nicht, wie viele andere Bundesländer, darauf gewartet hat, was der Bund macht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nennen Sie mir ein Bundesland, das es schon geschafft hat, ein entsprechendes Programm aufzusetzen, bei dem jede Schule für sich deutlich gemacht hat, welchen Lehrplan, welche Ausstattung und welche Fortbildung sie will. Nennen Sie mir ein Land. Das ist übrigens die Voraussetzung für die Auszahlung im Rahmen des Digitalpaktes. Insofern sind wir an dieser Stelle sehr gut aufgestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben übrigens das Geld des Bundes für dieses Jahr schon bekommen. Das wird ausgezahlt und reicht für dieses Jahr aus. Wir haben nämlich einen Überblick über alle kommenden Anträge. Außerdem haben wir einen Überblick darüber, was bei BAYERN DIGITAL II läuft. Selbstverständlich läuft das Programm in diesem und im nächsten Jahr im Rahmen des Doppelhaushalts weiter.

Lassen Sie mich noch ein paar zusätzliche Bemerkungen zu der normalen Verteilung der Zuständigkeiten in diesem Bereich machen. Ich will noch einmal betonen, dass der Sachaufwand – deshalb heißt das auch so – in die Zuständigkeit der Sachaufwandsträger fällt. Bayern und der Bund helfen jedoch den Kommunen, da die Aufgabe so groß ist, dass wir sie nicht alleinlassen wollen. Im Koalitionsvertrag haben wir festgelegt, dass wir uns darüber mit den Kommunen austauschen. Das machen wir seit einer ganzen Weile. Im Hinblick auf die 50.000 digitalen Klassenzimmer sind wir schon weit über dem, was wir eigentlich rechnerisch leisten sollten. An den Schulen gibt es bereits 18.000 digitale Klassenzimmer. Da findet schon sehr viel statt. Wir befinden uns auf einem sehr guten Weg.

Ich komme zu den Fragen von Herrn Deisenhofer und von den GRÜNEN. Ich habe immer gesagt, dass Technik nur der Pädagogik und der Didaktik dienen soll. Das ist das Entscheidende. Die Technik ist die Voraussetzung, die Didaktik das Entscheidende. Nur wenn wir mit diesen Mitteln in Höhe von einer Milliarde Euro den Unterricht qualitativ noch besser machen als bisher, nützt uns das Geld etwas. Deshalb stecken wir im Moment viel in die Fortbildung. Nach der Sommerpause haben wir ein Programm für alle Lehrer aufgesetzt. Das haben Sie angemahnt; es ist jedoch schon da.

Es gibt drei Module, zwei werden noch kommen. Diese Fortbildung ist für alle Lehrer verpflichtend. Die Lehrer sollen diese Fortbildung machen, um noch besser unterrichten zu können.

Alles in allem, um es deutlich zu sagen: Die beiden Anträge schüren Befürchtungen, die durch unser Handeln in Bayern in keiner Weise gerechtfertigt sind. Sie vermuten ein Fehlverhalten des Bundes. Beide Parteien, die in diesem Landtag sitzen, sitzen auch im Bundestag. Wirken Sie als FDP in der Opposition und Sie als SPD in der Regierung mit dem zuständigen Finanzminister darauf hin, dass es zu keinen Lücken kommt! – Dann braucht man dieses Thema nicht auf die Tagesordnung des Bayerischen Landtags zu setzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Mir liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Maximilian Deisenhofer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Herr Minister, ich selber durfte vor meiner Zeit im Bayerischen Landtag an digitalen Fortbildungen bei uns an der Schule teilnehmen. Deswegen weiß ich schon, dass da etwas läuft. Ich bezweifle nur, dass das aktuelle Fortbildungsprogramm passgenaue Lösungen anbietet, weil sich die Digitalisierungslevels der Lehrkräfte auf einem sehr unterschiedlichen Niveau befinden. Auch jetzt habe ich noch meine Zweifel. Meine Frage geht jedoch in eine andere Richtung, und zwar in Richtung IT-Betreuung. Wann gibt es die Lösung im Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden, wie es im Koalitionsvertrag steht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Minister, bitte schön.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Vielen Dank für die Nachfrage. Sie sehen, dass schon seit einigen Jahren etwas passiert. Bereits in der

Zeit, als Sie noch nicht im Landtag waren, konnten Sie an Fortbildungen teilnehmen. Das haben wir inzwischen professionalisiert. Das habe ich gerade erwähnt. Die Fortbildungen finden jedoch nicht nur an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen statt, sondern auch in den Regionen. Die Fortbildungen werden darüber hinaus auch als schulinterne Lehrerfortbildungen – SCHILF – angeboten. Bei den regionalen und schulinternen Fortbildungen geht es um das, was Sie sagen. Die etwas allgemeineren Informationen der Online-Module werden für den jeweiligen Bedarf heruntergebrochen und speziell an die jeweiligen Bedürfnisse der Lehrkräfte angepasst.

Wir befinden uns seit Wochen immer wieder mit den kommunalen Spitzenverbänden im Gespräch. Wir haben unseren Anteil geleistet. Wir haben beispielsweise die Anzahl der "Berater digitale Bildung" verdoppelt. In diesem Haushalt sind es 170, das heißt in jedem Landkreis in etwa zwei, sowohl für die pädagogische als auch für technische Seite. Wir überlegen weiter, was wir mit den Gemeinden und kommunalen Spitzenverbänden aufsetzen können.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion. Bitte schön.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister, eben haben Sie erwähnt, wir würden mit diesen Anträgen Ängste schüren, die nicht wirklich eine Grundlage haben. Grundlage für den Antrag ist die Antwort vom Ministerium von Herrn Scheuer auf eine Anfrage auf Bundesebene, wonach die ganzen Zahlungen seitens der Mobilfunkanbieter, die für den Digitalpakt vorgesehen sind, zum Großteil nach dem Jahr 2024 eintreffen werden. Aus diesem Grund sind wir verunsichert und stellen eine Nachfrage.

Ich möchte aber noch einen zweiten Aspekt ansprechen. Sie sprechen immer davon, dass Bayern in Vorleistung gegangen sei. Wo gibt es diese Vorleistungsvereinbarung? Das Einzige, was ich kenne, ist der Koalitionsvertrag des Bundes. Dort gibt es eine

ganz klare Formulierung. Zum Digitalpakt heißt es dort – ich zitiere: "Der Bund stellt für diese Ausgaben fünf Milliarden Euro in fünf Jahren zur Verfügung, davon 3,5 Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode, die die Länder- und Kommunalinvestitionen ergänzen, nicht ersetzen." Das heißt, dass es nicht um irgendwelche Vorleistungen geht. Die Landesprogramme hätten eigentlich weiterlaufen müssen. Sie dürfen sich mit dieser Formulierung nicht aus der Verantwortung ziehen.

(Beifall bei der FDP)

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Die Länder und der Bund haben einen Vertrag unterschrieben. Dort steht drin, dass 5 Milliarden Euro gezahlt werden. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Mir ist es ziemlich wurscht, woher die 5 Milliarden Euro kommen, Hauptsache, die 778 Millionen Euro kommen in Bayern an. Genau das werden wir im Zweifelsfall auch einklagen. Der Bund hat sich mit seinem Finanzminister darum zu kümmern. So einfach ist das.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich mache mir keine Gedanken darüber, ob das Geld aus dem Bereich Verkehr oder aus einem anderen Bereich kommt. Es ist die Aufgabe des Finanzministers, die Verpflichtungen, die er eingegangen ist, zu erfüllen. Unser Finanzminister macht das in hervorragender Weise. Er macht das, und er kann das. Jetzt schauen wir mal, ob dies der SPD-Finanzminister auch sicherstellt. Ich bin sehr zuversichtlich, dass er das kann und tut, weil ich den Eindruck habe, dass Bundesfinanzminister Scholz bisher seine Verpflichtungen gegenüber den Ländern erfüllt hat. Insofern bin ich zuversichtlicher, als es im Antrag der SPD zum Ausdruck kommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Fraktionsvorsitzenden der SPD Horst Arnold.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Herr Minister, Sie sollten den Antrag genau lesen. Dort steht: "Sollten Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von finanziellen Mitteln des Digitalpakts Schule auftreten, hat der Freistaat eine entsprechende Selbsteintrittsverpflichtung zur Überbrückung zu leisten." Das ist ein Konjunktiv. Es ist nicht so, dass wir das befürchten.

In der Tat ist auch erwähnt worden, dass sich die Digitalisierung im Ressort von Herrn Scheuer befindet. Die CSU ist Ihr Koalitionspartner in diesem Haus. Das ist doch nicht das Problem. Das von Ihnen gerühmte Projekt wird weitergeschoben. Was ist das für eine Erklärung, dass Sie als Freistaat den Bund verklagen werden? Wissen Sie, wie lange so ein Prozess läuft? Wissen Sie, welche Zahlungsschwierigkeiten auftreten, wenn das nicht rechtskräftig ist? Sie vertrösten uns darauf, dass der Freistaat den Bund verklagt. Das ist doch nahezu grenznaiv. Es wird keine Klage geben.

(Beifall bei der SPD)

Erklären Sie mir bitte, warum Ihr Haus Anfang dieses Jahres die Kommunen darauf hinweist, dass derzeitige Maßnahmen förderschädlich sind und nicht finanziert werden können. Ist das finanzierte Digitalisierung oder eine Armutserklärung?

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Herr Arnold, Sie schüren mit Ihrer Frage wieder Unruhe. Sie sagen schon wieder, eine mögliche Klage bringe nichts. Damit legen Sie nahe, dass eine Klage im Grunde genommen notwendig ist. Sie bringen diese These auf. Ich sage ganz deutlich: Ich vertraue dem Finanzminister der Bundesregierung und gehe davon aus, dass der Vertrag, den wir unterschrieben haben – Pacta sunt servanda –, erfüllt wird. Sie als SPD äußern ständig die These, es würde zu irgendwelchen Lücken kommen. Das steht doch im Antrag drin. Nun zu dem Zweiten, da dies die sachlich wichtigere Frage ist: Warum haben wir diesen Brief geschrieben? – Aus dem Grund, den Herr Fischbach gerade genannt hat: Diese zwei Programme, das bayerische und das Bundesprogramm, laufen unabhän-

gig voneinander. Das heißt, sie bauen nicht aufeinander auf, sondern man kann einen Förderantrag nur mit dem einen oder mit dem anderen Programm laufen lassen.

Zu unserem Programm: "Vorleistung" ist vielleicht das falsche Wort, aber wir waren früher dran. Wir haben schon ein Programm aufgesetzt, als es das Bundesprogramm noch gar nicht gab. Deshalb ist es so, dass die Programme nicht eins zu eins aneinander anschließen. Wir haben die Gemeinden gebeten, jetzt keinen Antrag zu unserem bayerischen Programm zu stellen, weil dazu für 2019/2020 schon so viele Anträge gestellt worden sind,

(Horst Arnold (SPD): Ach!)

dass wir sie ausfinanzieren können – was wir auch tun –,

Horst Arnold (SPD): Ja!

und jetzt für den Bund noch keinen Antrag zu stellen, denn das wäre förderschädlich, da wir nicht mit zwei Programmen den gleichen Antrag bedienen können. Das war der Grund des Briefes.

Noch einmal deutlich: Beide Programme sind voneinander unabhängig. Wir wissen aber – um dies noch einmal zu erklären; das wissen Sie aber genauso gut wie ich und alle Kommunen –, dass der Zeitpunkt der Antragstellung und der Zeitpunkt der Auszahlung schon zwei, drei Jahre auseinanderliegen können, weil man einfach entsprechend planen muss. Deshalb haben wir schon viele Anträge, und diese zahlen wir jetzt sukzessive aus. Dafür haben wir aber noch entsprechende Gelder aus unserem Programm. Ich hoffe, ich konnte ein wenig Aufklärung leisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf der korrigierten Drucksache 18/3988 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP, die AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 18/4025 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die SPD und die FDP. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Enthaltungen? – Gibt es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Da wir jetzt schon knapp Viertel vor sechs haben, ergibt es keinen Sinn mehr, die restlichen Dringlichkeitsanträge zu beraten, da wir wahrscheinlich nicht rechtzeitig zur Abstimmung kommen. Deshalb entscheide ich, die Dringlichkeitsanträge – ganz offensichtlich im Einvernehmen mit der Mehrheit des Hohen Hauses – in die Ausschüsse zu verweisen.

Daher werden die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/3989, 18/4026, 18/4027, 18/3990, 18/3991, 18/4028 sowie 18/3993 mit 18/3997 sowie 18/4029 an den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss überwiesen.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen allen noch einen schönen Abend.

(Schluss: 17:43 Uhr)